

[30.03.2011]

Mehrsprachigkeit Thema im PDG / »Angesichts des Aufwands müssten Ergebnisse besser sein«

»Vom Wiegen allein wird die Sau nicht fetter«

Von Christian Schmitz

Seit Jahren schon streiten Politiker in Ostbelgien über das Thema Mehrsprachigkeit. Eine Interpellation von Nadine Rotheudt (SP) bei der Plenarsitzung des PDG bot am Montagabend erneut eine Gelegenheit zum Disput. Diesmal jedoch verlief die Debatte friedlich.

»Bis zum Jahr 2007 konnte niemand von uns wissen, wie gut die Fremdsprachenkenntnisse wirklich sind. Seriöse Untersuchungen hat es bis dahin in der DG nämlich nicht gegeben«, sagte Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG). Deshalb habe er sich nach seinem Amtsantritt im Jahr 2004 darum bemüht, die Debatte zu versachlichen und auf eine seriöse, wissenschaftliche Grundlage zu stellen. So nimmt die DG inzwischen regelmäßig an verschiedenen Studien teil (PISA, IGLU, DELF).

Die neuesten Ergebnisse der DELF-Studie, bei der die Französischkenntnisse von DG-Schülern überprüft werden, seien durchwachsen. Zwar werde die Mehrsprachigkeit in der DG intensiv gefördert, doch seien auch erhebliche Defizite festgestellt worden. »Angesichts des enormen Aufwands, den unsere Schulen in diesem Bereich betreiben, müssten die Ergebnisse sehr viel besser sein«, so Paasch. Zur Förderung der Mehrsprachigkeit habe die Regierung seit 2007 sehr viel getan, und hinzu komme in Kürze noch der bilinguale Kindergarten. Außerdem beschränkten sich die Maßnahmen nicht nur auf den Französischunterricht: auch das Erlernen von Niederländisch und Englisch will man ankurbeln. Freddy Cremer (ProDG) meinte, aus den wissenschaftlichen Untersuchungen werde wichtiges Steuerwissen gewonnen. Diese seien aber sicherlich kein Selbstzweck: »Vom Wiegen allein wird die Sau nicht fetter.« Wirkliche Fortschritte erforderten einen »langen Atem«.

Sonderausschuss

Nadine Rotheudt sprach sich in der Interpellation für Zielfestlegungen für die Lehrlings- und die Meisterausbildung aus. »Und wir wünschen uns, dass nicht die anvisierten Ziele nach unten revidiert werden, sondern dass möglichst ergebnisorientiert daran gearbeitet wird, dass ein Maximum an Schülern die gesteckten Ziele erreicht.« Die SP-Politikerin regte dazu auch die Einsetzung eines Sonderausschusses an und bat daher den zuständigen Minister um dessen Meinung. Außerdem wünschte sie sich eine Vertiefung der wissenschaftlichen Ergebnisse. Oliver Paasch zeigte sich dazu bereit, »ich bin mir aber nicht sicher, ob wir dafür einen Sonderausschuss brauchen«.

Gabriele Thiemann (CSP) forderte den Mut zu einer »echten Trendwende«. »Nicht wir von der CSP stellen Ihnen und Ihrer Politik ein schlechtes Zeugnis aus. Es ist die tatsächlich gelebte Wirklichkeit, die Sie alle einholt.« Sie sprach sich für eine Novellierung des Sprachendekretes aus dem Jahr 2004 aus und für die bewusste Förderung der Mehrsprachigkeit in den beruflichen und technischen Abteilungen und der mittelständischen Ausbildung. »Dem Nimbus der guten Zweisprachigkeit, den wir in Belgien und den anderen Regionen genießen, widersprechen die Tatsachen.«

Laut Emil Dannemark (PFF) spielen Schulen sowie die Eltern eine wichtige Rolle beim erfolgreichen Erlernen von Fremdsprachen, doch sei die Förderung nicht nur im Unterrichtswesen von Bedeutung. Gelegenheiten wie nationale und internationale Austausche müssten deshalb ebenfalls gefördert werden. Michael Balter (Vivant) sagte, wichtig seien die drei Landessprachen. Nicht allein Französisch, sondern auch das Erlernen von Niederländisch müsse unterstützt werden. Auch Balter betonte, wie wichtig die Mehrsprachigkeit in der Berufswelt sei.

Karl-Heinz Braun (Ecolo) stellte sich Fragen zur Chancengleichheit: »Unsere Befürchtung ist, dass sich die Schere der Chancengerechtigkeit zwischen den Familien, die die Voraussetzungen für bilingualen Unterricht mitbringen, und denen, die das aus den verschiedensten Gründen nicht tun, noch weiter öffnet«, meinte er bezüglich der bilingualen Kindergärten.

»Auftragsfrage«

Ganz allgemein könne er sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich bei dieser Interpellation um eine »Auftragsfrage« handele, um dem Minister die Möglichkeit zu geben, noch einmal über seine »Wohltaten« zu reden. Diesen Vorwurf zog Braun später zurück. Bezüglich des Sonderausschusses sei es vollkommen unangebracht, einen Minister um seine Meinung oder sogar um die Erlaubnis zu fragen. »Die Selbstentmachtung, die ein Volksvertreter durch seine unterwürfige Haltung der Regierung gegenüber an den Tag legt, ist nicht gut für die Demokratie.«